

Merkblatt zur Verfassungstreue und Absage an alle Formen des Extremismus Anlage Nr.1 zum Antrag auf Einbürgerung

Sehr geehrte Dame,
sehr geehrter Herr,

mit der Beantragung Ihrer Einbürgerung streben Sie an, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Das deutsche Volk, zu dem Sie dann gehören, hat sich zur Festlegung der gemeinsamen Werte und seiner staatlichen Ordnung eine Verfassung - das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland - gegeben, die über allen anderen Rechtsnormen steht und von allen Deutschen als unverbrüchlich anzuerkennen ist.

- Das Staatsangehörigkeitsgesetz verlangt daher als Voraussetzung für jede Einbürgerung ein Bekenntnis zur **freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes**, deren grundlegende Prinzipien unter **Num1** erläutert sind.
- Weiter müssen Sie erklären, dass Sie keine **extremistischen Bestrebungen verfolgen oder unterstützen**. Sofern Sie das früher getan haben, müssen Sie glaubhaft machen, dass Sie sich inzwischen von derartigen Bestrebungen **abgewandt** haben. Erläuterungen zur so genannten „**Loyalitätserklärung**“ finden Sie unter **Nummer 2**.
- Schließlich müssen Sie vor der Aushändigung der Einbürgerungsurkunde **feierlich erklären, dass Sie das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland achten** und alles unterlassen werden, was ihr schaden könnte. Das **feierliche Bekenntnis** ist unter **Nummer 3** erklärt.

Informationen über das Grundgesetz und die freiheitliche demokratische Grundordnung gehören zu den Kenntnissen über die Rechts- und Gesellschaftsordnung unseres Landes, über die deutsche Staatsangehörige grundsätzlich verfügen sollen. Das Merkblatt fasst die wichtigsten Gesichtspunkte zusammen, die Ihnen gegenwärtig sein sollten, wenn Sie die genannten Erklärungen abgeben.

1. Die freiheitliche demokratische Grundordnung

Die im Grundgesetz verankerte freiheitliche demokratische Grundordnung ist die Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Sie beschreibt eine Staatsform, die keine Gewalt- und Willkürherrschaft kennt; sie ist eine rechtsstaatliche Ordnung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit, die den Schutz der Menschenwürde, der Freiheit und Gleichheit als oberste Ziele anerkennt.

Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen:

1.1 Demokratie und Volkssouveränität

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird durch Abstimmungen, allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahlen und durch besondere Organe der Gesetzgebung (Parlamente), der Rechtsprechung (Gerichte) und Verwaltung (Behörden) ausgeübt.

1.2 Rechtsstaatlichkeit

Die Parlamente sind an die verfassungsmäßige Ordnung gebunden, Gerichte und Behörden an Recht und Gesetz.

1.3 Recht auf eine parlamentarische Opposition

- Die in den Parlamenten vertretenen Parteien, die nicht an der Regierung beteiligt sind, stellen die Opposition dar; sie bildet das politische Gegengewicht zur Regierung und hat die Aufgabe, sie zu kontrollieren.

1.4 Verantwortlichkeit und Ablösbarkeit der Regierung

Die Regierung ist dem Parlament für ihre Tätigkeit rechenschaftspflichtig und verantwortlich; sie kann durch das Parlament abgelöst werden.

1.5 Unabhängigkeit der Gerichte

Die Gerichte sind unabhängig. Sie können von Regierungen oder Parlamenten nicht kontrolliert werden. Die Richterinnen und Richter sind nur dem Gesetz und ihrem Gewissen bei der Rechtsanwendung verpflichtet.

1.6 Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft

Gewalt und Willkür sind der freiheitlichen demokratischen Grundordnung fremd. Dort, wo ausnahmsweise Gewalt angewendet muss, ist dies durch ausdrückliche gesetzliche Regelungen unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsprinzips angeordnet und staatlichen Organen vorbehalten.

1.7 Menschenrechte, wie sie im Grundgesetz und der Verfassung des Landes Baden-Württemberg konkretisiert sind

Die Achtung vor den Menschenrechten ist ein Stützpfeiler der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Dazu gehört vor allem das Recht der Persönlichkeit auf Leben und Entfaltung.

2. Loyalitätserklärung: Keine Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen

Sie müssen wahrheitsgemäß erklären, dass Sie keine extremistischen Bestrebungen verfolgen oder unterstützen oder dies früher getan haben; andernfalls müssen Sie glaubhaft machen, dass Sie sich von diesen Bestrebungen abgewandt haben.

2.1 Schutz vor extremistischen Bestrebungen

Bestrebungen sind politisch bestimmte Verhaltensweisen, die auf ein bestimmtes Ziel, wie etwa die Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, gerichtet sind.

Einbürgerungsschädlich ist die Verfolgung oder Unterstützung von Bestrebungen gegen folgende besonders geschützte Rechtsgüter:

Freiheitliche demokratische Grundordnung

Mit Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind Ziele und Aktivitäten gemeint, die den Kern der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland beschädigen oder die Verfassung insgesamt beseitigen wollen.

Bestand des Bundes oder eines Landes

Aktivitäten gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes liegen dann vor, wenn die staatliche Einheit beseitigt werden oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abgetrennt werden soll.

Sicherheit des Bundes oder eines Landes

Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes liegen dann vor, wenn die Funktionsfähigkeit des Bundes oder eines Landes beeinträchtigt werden soll.

Schutz der Amtsführung der Verfassungsorgane oder ihrer Mitglieder

Bestrebungen, die die Nötigung von Verfassungsorganen, z.B. des Bundespräsidenten, zum Ziel haben, fallen unter die Fallgruppe des Schutzes der Amtsführung der Verfassungsorgane.

Gefährdung der auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland

Die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland sind berührt, wenn von deutschem Boden zur Durchsetzung religiöser, politischer oder sonstiger Ziele Bestrebungen ausgehen, die gewaltsam die politischen Verhältnisse in einem ausländischen Staat verändern wollen oder die gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind. Dadurch kann das friedliche Zusammenleben der Bundesrepublik mit einem anderen Staat oder das Verhältnis zu dessen Regierung beeinträchtigt werden. Die Gewalt muss nicht in Deutschland stattfinden, es können hier auch „nur“ die entsprechenden Vorbereitungen getroffen werden, um im Ausland gegen Nichtdeutsche gewaltsam vorzugehen. So reicht es aus, wenn eine politische Exilorganisation im Ausland Gewalt anwendet und in Deutschland durch Spenden, organisatorisch oder durch eine länger währende passive Teilnahme an Veranstaltungen unterstützt wird.

2.2 Merkmale extremistischer Bestrebungen

Extremistische Bestrebungen finden sich insbesondere in folgenden Erscheinungsformen

Extremistische Organisationen von Ausländern

Das Spektrum ausländerextremistischer Organisationen in Deutschland umfasst linksextremistische, nationalistische, separatistische und islamistische Bestrebungen.

Linksextremisten wollen in ihrem Heimatland die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung beseitigen und sie durch einen sozialistisch-kommunistischen Staat ersetzen. Die ideologischen Grundgedanken der Linksextremisten beruhen auf dem Marxismus-Leninismus sowie teilweise auf dem Maoismus.

Nationalisten besitzen ein übersteigertes Nationalgefühl gegenüber anderen Völkern, auf die sie mit Geringschätzung und Verachtung herabsehen und die sie in entsprechender Weise beschimpfen. Für Nationalisten ergibt sich der Wert eines Menschen nur aus der Zugehörigkeit zu der eigenen, angeblich allen anderen Völkern überlegenen Nation.

Separatisten streben nach der Loslösung und Unabhängigkeit ihrer Volksgruppe von dem Staat in ihrer Heimat.

Islamisten missbrauchen die Religion des Islam gegenüber Angehörigen des eigenen Glaubens und gegenüber Anderen, die sie als „Ungläubige“ bezeichnen (besonders Juden, Christen usw.). Islamisten sind der Ansicht, dass ihr Verständnis des Islam und von Staat und Gesellschaft das allein richtige ist. Islamisten wollen, dass sämtliche Bereiche des Lebens ausnahmslos von den Regeln der islamischen Religion beherrscht werden. Sie verneinen die gesetzlich vorgeschriebene Trennung von Staat und Religion in Deutschland. Manche Islamisten wollen die absolute Vorherrschaft der Religion mit Gewalt und Terror durchsetzen und sind bereit, für die Verwirklichung dieses Ziels Menschen zu töten.

Rechtsextremistische Organisationen

Rechtsextremisten gehen von einer „biologischen“ Ungleichheit der Menschen aus. Sie teilen Menschen u.a. nach ihrem Aussehen, ihrem Geschlecht, ihrer Sprache, ihrer Herkunft, ihrer Zugehörigkeit zu einem Volk bzw. zu einer „Rasse“ (Hautfarbe) in verschiedene Gruppen ein. Diesen Gruppen sprechen Rechtsextremisten unterschiedliche Wertigkeiten zu und verneinen die für alle Menschen gültigen Menschenrechte. Besonders charakteristisch für Rechtsextremisten sind:

- Übersteigertes Nationalismus gegenüber anderen Staaten und Völkern.
- Feindlichkeit bis hin zu Hass gegenüber Ausländern und Minderheiten.
- Judenfeindlichkeit (Antisemitismus).
- Das Fehlen von Toleranz gegenüber Fremden oder Andersdenkenden, was in Hass und Gewalt gegen andere Menschen umschlagen kann
- Anstelle der freiheitlichen Demokratie in Deutschland wollen Rechtsextremisten die Diktatur einiger weniger Personen oder eines „Führers“ errichten.



Linksextremistische Organisationen

Linksextremisten versuchen, eine klassenlose Gesellschaft zu errichten, in der es in Wirtschaft und Industrie keinen Privatbesitz mehr gibt. Kommunisten und manche Sozialisten streben die Machtübernahme der „Arbeiterklasse“ im Staat an, indem sie andere „Klassen“ der Gesellschaft bekämpfen und unterdrücken. Die Übernahme der Macht wollen Kommunisten in der Regel durch einen gewalttätigen Aufstand (Revolution) erzwingen. Anarchisten lehnen im Unterschied zu Kommunisten jede feste Form der Macht, d. h. staatliche Strukturen, ab. Autonome wollen „herrschaftsfreie Räume“ schaffen. Den Staat und seine Vertreter wollen sie mit Gewalt zerschlagen bzw. bekämpfen.

2.3 Verfolgung oder Unterstützung von extremistischen Bestrebungen

Unterstützung oder Verfolgung von extremistischen Bestrebungen ist auf vielfältige Weise möglich. Grundsätzlich gehört jede Aktivität dazu, die für die Bestrebung und ihre Ziele objektiv nützlich ist. Danach kommen insbesondere in Betracht:

Funktionärstätigkeit in einer Organisation, die extremistische Bestrebungen verfolgt oder die von einer Organisation gesteuert wird, die entsprechende Bestrebungen verfolgt;
aktive Mitgliedschaft in einer Organisation, die entsprechende Bestrebungen verfolgt;
eigene extremistische Handlungen außerhalb von solchen Organisationen.

Unter einer „Organisation“ ist jeder Personenzusammenschluss zu verstehen. Es muss sich weder um einen Verein im Rechtssinne, noch um förmliche Mitgliedschaften handeln. Auch ein religiöser Zusammenschluss (z.B. Moschee-„Verein“) kann eine Organisation darstellen. „Eigene Handlungen“ können z.B. die Teilnahme an Demonstrationen oder Spenden (auch Spendensammlungen) zugunsten der genannten Organisationen darstellen.

2.4 Abwendung von einer früheren Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen

Eine Abwendung liegt vor, wenn frühere Bestrebungen nicht mehr verfolgt werden. Es muss glaubhaft gemacht werden, dass dies auf einer Änderung der inneren Einstellung beruht. Die Abwendung setzt daher zunächst voraus, dass die Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen eingeräumt und nicht bestritten werden. Des Weiteren ist ein individueller Lernprozess darzutun, der dem Verzicht auf frühere Bestrebungen vorauszugehen hat. Der bloße Austritt aus einem Verein reicht in der Regel nicht aus, insbesondere dann nicht, wenn er in einem zeitlichen Zusammenhang mit dem Einbürgerungsbegehren steht.

2.5 Unterzeichnung der Loyalitätserklärung

Sofern Sie keine extremistischen Bestrebungen verfolgen oder unterstützen oder verfolgt oder unterstützt haben, unterzeichnen Sie bitte die **Loyalitätserklärung in Abschnitt 3.1**.

Haben Sie extremistischen Bestrebungen früher verfolgt oder unterstützt, sich inzwischen aber abgewendet, unterzeichnen Sie bitte die **Loyalitätserklärung in Abschnitt 3.2** und machen Sie Angaben, aus denen Ihre Abwendung ersichtlich wird.

Sind Sie im Zweifel, ob bestimmte Aktivitäten, die Sie verfolgen oder unterstützen oder verfolgt oder unterstützt haben, als Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen anzusehen sind, geben Sie bitte die **Loyalitätserklärung in Abschnitt 3.3** ab und machen Sie die dort erbetenen Angaben.

Bitte bemühen Sie sich im eigenen Interesse um eine sorgfältige und wahrheitsgemäße Abgabe der erforderlichen Erklärung. Vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben führen zu einer Ablehnung Ihres Antrags; bei bereits vollzogenen Einbürgerungen wird die Rücknahme geprüft. Außerdem sind vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bedroht.

3. Feierliches Bekenntnis

Vor Aushändigung der Einbürgerungsurkunde muss regelmäßig das folgende feierliche Bekenntnis abgegeben werden:
„Ich erkläre feierlich, dass ich das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland achten und alles unterlassen werde, was ihr schaden könnte“

Dieses in die Zukunft gerichtete Versprechen setzt voraus, dass Sie sich der Bedeutung und Tragweite des feierlichen Bekenntnisses bewusst sind; auch dem will dieses Merkblatt dienen.

4. Fragen

Bitte wenden Sie sich vertrauensvoll an die für Sie zuständige Einbürgerungsbehörde.

5. Erklärung der Antragstellerin oder des Antragstellers

Familienname	Vorname
Geburtsdatum	Geburtsort

Ich bestätige, dass ich dieses Merkblatt erhalten habe.

Den Inhalt habe ich verstanden. Ich habe keine Fragen dazu.

Ich habe Fragen und bitte um ein Gespräch.

Ort, Datum	Unterschrift Antragsteller/in
------------	-------------------------------



Karlsruhe

Bekennnis- und Loyalitätserklärung

Anlage Nr. 2 zum Antrag auf Einbürgerung

Familienname	Vorname
Geburtsdatum	Ort

1. Bedeutung des Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Das Staatsangehörigkeitsgesetz verlangt als Voraussetzung für jede Einbürgerung ein Bekenntnis zur **freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes**, deren grundlegende Prinzipien in dem beigefügten **Merkblatt zur Verfassungstreue und Absage an alle Formen des Extremismus** erläutert sind. Durch das Bekenntnis soll Ihre Hinwendung zur Werteordnung der Bundesrepublik Deutschland dokumentiert werden.

1.1 Inhalt des Bekenntnisses

Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht
- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung
- die Unabhängigkeit der Gerichte
- den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft
- die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte

Ich bestätige, dass ich das Merkblatt sowie Inhalt und Bedeutung dieser Erklärung verstanden habe und dass meine Erklärung meiner inneren Überzeugung entspricht.

Ort, Datum	Unterschrift Antragsteller/in
------------	-------------------------------

2. Inhalt und Bedeutung der Loyalitätserklärung

2.1 Keine Einbürgerung bei extremistischen Bestrebungen!

Wer extremistische Bestrebungen selbst verfolgt oder derartige Aktivitäten anderer unterstützt, kann nicht eingebürgert werden. Dies gilt auch, wenn die Verfolgung oder Unterstützung zeitlich zurückliegt, es sei denn, es kann eine Abwendung von der Bestrebung glaubhaft gemacht werden. Eine kurze Erläuterung der extremistischen Bestrebungen findet sich in dem beigefügten Merkblatt.

2.2 Bedeutung der Loyalitätserklärung

Meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen dient der Ermittlung des Sachverhalts, der der Bearbeitung meines Einbürgerungsantrags zugrunde gelegt wird. Ich bin verpflichtet, wahrheitsgemäße und vollständige Angaben zu machen; sie werden gegebenenfalls dem Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt, um den Wahrheitsgehalt meiner Angaben zu überprüfen. Falls ich mich in einer Art und Weise betätigt haben sollte, bei der ich nicht sicher bin, ob ich damit extremistische Bestrebungen verfolgt oder unterstützt habe, teile ich dies ebenfalls mit und kennzeichne die Information als zweifelhaft. Mir ist bekannt, dass vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben zur Ablehnung meines Antrags, für den Fall einer bereits vollzogenen Einbürgerung zur Prüfung einer Rücknahme meiner Einbürgerung führen können und dass sie darüber hinaus mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bedroht sind. Ich habe daher meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen mit Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit vorbereitet und gebe sie in diesem Sinne ab.

2.3 Den Inhalt und die Bedeutung der Erklärung zu extremistischen Bestrebungen einschließlich des Merkblatts habe ich verstanden. Ich gebe auf dieser Grundlage folgende Erklärung ab:

Für mich trifft zu,

- 2.3.1 dass ich derzeit **keine** extremistischen Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder in der Vergangenheit verfolgt oder unterstützt habe (**weiter mit Nr. 3.1**)
- 2.3.2 dass ich früher derartige Bestrebungen verfolgt oder unterstützt habe, mich aber **inzwischen abgewandt habe** (**weiter mit Nr. 3.2**)
- 2.3.3 dass ich **Zweifel** habe, ob ich extremistische Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe (**weiter mit Nr. 3.3**)

3. Meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen

3.1 Keine Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen (zu Nr. 2.3.1)

Ich erkläre, dass ich derzeit keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder in der Vergangenheit verfolgt oder unterstützt habe, die

- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben oder
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Ich bestätige, dass ich Gelegenheit hatte, Fragen zu stellen, dass ich das Merkblatt sowie Inhalt und Bedeutung dieser Erklärung verstanden habe; ich versichere, dass ich meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen hiermit nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß und vollständig abgebe.

Ort, Datum	Unterschrift Antragsteller/in
------------	-------------------------------

3.2 Abwendung von einer früheren Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen (zu Nr. 2.3.2)

Ich erkläre, dass ich extremistische Bestrebungen verfolgt oder unterstützt habe.

Datum Beginn der Aktivitäten	Datum Ende der Aktivitäten
------------------------------	----------------------------

Es handelt sich dabei um folgende Aktivitäten (bei Platzmangel gesondertes Blatt anfügen)

Ich erkläre weiter, dass ich mich hiervon gelöst habe seit:

Datum

Zur Glaubhaftmachung meiner Abwendung gebe ich Folgendes an und überreiche dazu folgende Belege (bei Platzmangel gesondertes Blatt anfügen)

Ich bestätige, dass ich Gelegenheit hatte, Fragen zu stellen, dass ich das Merkblatt sowie Inhalt und Bedeutung dieser Erklärung verstanden habe. Ich versichere, dass ich meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen hiermit nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß und vollständig abgebe.

Ort, Datum	Unterschrift Antragsteller/in
------------	-------------------------------



3.3 Zweifel an der Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen (zu Nr. 2.3.3)

Ich habe folgende Bestrebungen verfolgt oder unterstützt oder verfolge oder unterstütze sie noch immer, bei denen ich nicht sicher bin, ob es sich um extremistische Bestrebungen handelt (bei Platzmangel gesondertes Blatt anfügen)

Ich bestätige, dass ich Gelegenheit hatte, Fragen zu stellen, dass ich das Merkblatt sowie Inhalt und Bedeutung dieser Erklärung verstanden habe. Ich versichere, dass ich meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen hiermit nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß und vollständig abgebe.

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller/in

4. Bearbeitungsvermerk der Staatsangehörigkeitsbehörde

Seitens der Staatsangehörigkeitsbehörde wurde die Gelegenheit gegeben Fragen zu stellen.

- Von der Antragstellerin / dem Antragsteller sind keine Fragen gestellt worden
- Von der Antragstellerin / dem Antragsteller sind Fragen gestellt und beantwortet worden (gegebenenfalls gesondertes Blatt anfügen)

Die vorstehende Erklärung ist von der Antragstellerin / vom Antragsteller

- in meiner Gegenwart unterzeichnet worden
- schriftlich eingereicht worden

Ort, Datum

Unterschrift Sachbearbeiter/in



Unterrichtung über die sicherheitsmäßige Überprüfung von Einbürgerungsbewerbern gemäß § 3 (4) LVSG

Anlage Nr. 3 zum Antrag auf Einbürgerung

Die Einbürgerung ist ausgeschlossen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür sprechen, dass der Ausländer Bestrebungen verfolgt oder unterstützt oder dies in der Vergangenheit getan hat,

- die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder
- den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
- die durch die Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden (§ 11 Satz 1 Nr. 1 des Staatsangehörigkeitsgesetzes [StAG]).

Die Einbürgerung ist auch dann ausgeschlossen, wenn Tatsachen die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass der Ausländer einer Vereinigung angehört oder angehört hat, die den Terrorismus unterstützt, oder er eine derartige Vereinigung unterstützt oder unterstützt hat, oder wenn sich der Ausländer bei der Verfolgung politischer Ziele an Gewalttätigkeiten beteiligt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft oder damit droht (§ 11 Satz 1 Nr. 2 StAG in Verbindung mit § 54 Nr. 5 und 5a des Aufenthaltsgesetzes)

Daher wird bei jeder Einbürgerung eine sicherheitsmäßige Überprüfung aller Antragsteller und Antragstellerinnen durchgeführt, die das 16. Lebensjahr vollendet haben (§ 37 Absatz 2 StAG).

Die sicherheitsmäßige Überprüfung erfolgt unter Mitwirkung des Landesamts für Verfassungsschutz.

Zu diesem Zweck teilt die Einbürgerungsbehörde dem Landesamt für Verfassungsschutz folgende Personalien mit: Name, Vorname(n), Staatsangehörigkeit(en), Geburtsdatum, -ort und -land, Geschlecht, jetzige und frühere Wohnanschriften der letzten 8 Jahre. Das Landesamt für Verfassungsschutz wertet etwa vorhandenes eigenes Wissen und das Wissen anderer inländischer Sicherheitsbehörden (Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutzbehörden anderer Bundesländer) aus. Weitergehende Ermittlungen werden vom Landesamt für Verfassungsschutz nicht durchgeführt. Wenn das Landesamt für Verfassungsschutz nach der Auswertung feststellt, dass über Sie Erkenntnisse vorhanden sind, die Ihre Einbürgerung ausschließen könnten, teilt das Landesamt für Verfassungsschutz die zugrunde liegenden Erkenntnisse dem Innenministerium Baden-Württemberg mit.

Gelangt das Innenministerium zu der Auffassung, dass die mitgeteilten Erkenntnisse die Ablehnung Ihrer Einbürgerung rechtfertigen, werden Sie von der Einbürgerungsbehörde vor der Ablehnung Ihres Einbürgerungsantrags hierzu angehört.

Sofern dem Landesamt für Verfassungsschutz oder anderen inländischen Sicherheitsbehörden keine Erkenntnisse über Sie vorliegen, werden die von der Einbürgerungsbehörde mitgeteilten Daten nicht gespeichert. Liegen dagegen dem Landesamt für Verfassungsschutz oder einer anderen inländischen Sicherheitsbehörde Erkenntnisse über Sie vor, wird ein Hinweis auf die durchgeführte Überprüfung in das nachrichtendienstliche Informationssystem des Bundes und der Länder (NADIS) sowie in das Datenbanksystem des Landesamts für Verfassungsschutz aufgenommen, damit das Innenministerium unterrichtet werden kann, wenn weitere Erkenntnisse über Sie anfallen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz wird vom Abschluss Ihres Einbürgerungsverfahrens verständigt. Werden dem Landesamt für Verfassungsschutz danach neue Erkenntnisse über Sie bekannt, wird das Innenministerium informiert, sofern diese Erkenntnisse es zulassen, Ihre Einbürgerung zurückzunehmen.

Erklärung der Antragstellerin oder des Antragstellers

Von den vorstehenden Ausführungen habe ich Kenntnis genommen.

Familienname	Vorname
Geburtsdatum	Ort
Ort, Datum	Unterschrift Antragsteller/in

Erklärung zur ehelichen Gemeinschaft / Lebenspartnerschaft

Anlage Nr. 4 zum Antrag auf Einbürgerung

1. Antragsteller/in

Familienname		Vorname		Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)	
Geburtsname falls abweichend vom Familiennamen			Geschlecht		
Geburtsort /-kreis			Geburtsstaat		

2. Ehegatte/Ehegattin - Lebenspartner/in mit deutscher Staatsangehörigkeit

Familienname		Vorname		Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)	
Geburtsname falls abweichend vom Familiennamen			Geschlecht		
Geburtsort /-kreis			Geburtsstaat		

3. Erklärung

Wir haben beide unseren Lebensmittelpunkt an folgender Adresse:

Straße		Hausnummer	PLZ	Ort	
--------	--	------------	-----	-----	--

Wir erklären hiermit,

1. dass kein Scheidungsverfahren anhängig ist und wir auch nicht beabsichtigen, uns in absehbarer Zeit scheiden zu lassen und
2. dass wir nicht getrennt leben.

Wir wurden darauf hingewiesen, dass eine Einbürgerung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur aufgrund unserer ehelichen bzw. lebenspartnerschaftlichen Lebensgemeinschaft möglich ist.

Uns ist bewusst, dass unrichtige Angaben zur Rücknahme der Einbürgerung führen und gemäß § 42 Staatsangehörigkeitsgesetz mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Ort, Datum		Unterschrift Antragsteller/in			
------------	--	-------------------------------	--	--	--

Ort, Datum		Unterschrift Ehegatte/Ehegattin - Lebenspartner/in mit deutscher Staatsangehörigkeit			
		Nummer des deutschen Personalausweises / Reisepasses			

Erklärung Ehegatte/Ehegattin mit deutscher Staatsangehörigkeit Lebenspartner/in mit deutscher Staatsangehörigkeit

Anlage Nr. 5 zum Antrag auf Einbürgerung

1. Personalien

Familienname		Vorname		Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)	
Geburtsname falls abweichend vom Familiennamen			Geschlecht		
Geburtsort /-kreis			Geburtsstaat		

2. Angaben zur Staatsangehörigkeit

(Ergänzungen bitte auf einem gesonderten Blatt beifügen)

- Ich besitze nur die deutsche Staatsangehörigkeit (Bitte Nachweis beifügen)
- Ich besitze oder besaß neben der deutschen Staatsangehörigkeit noch folgende weitere Staatsangehörigkeit/en (Nachweise füge ich bei)

Staatsangehörigkeit	Beginn	Ende	Erworben durch
Staatsangehörigkeit	Beginn	Ende	Erworben durch
Staatsangehörigkeit	Beginn	Ende	Erworben durch

3. Angaben zur Militärzeiten in der Armee oder einem vergleichbaren, bewaffneten Verband

(z. B. Polizeisondertruppe oder paramilitärische, staatliche Organisation)

(Ergänzungen bitte auf einem gesonderten Blatt beifügen)

- Ich habe bisher keinen solchen Militärdienst geleistet
- Ich habe Militärdienst geleistet als Wehrpflichtiger / Grundwehrdienst

Beginn	Ende	Staat
--------	------	-------

- Ich habe Militärdienst geleistet als Berufssoldat

Beginn	Ende	Staat
--------	------	-------

Ort, Datum	Unterschrift Ehegatte/Ehegattin - Lebenspartner/in mit deutscher Staatsangehörigkeit
------------	--

Arbeits- und Verdienstbescheinigung

Anlage Nr. 6 zum Antrag auf Einbürgerung

Sehr geehrte Arbeitgeberin,
Sehr geehrter Arbeitgeber,

Einbürgerungsvoraussetzung ist unter anderem, dass der Einbürgerungsbewerber/ die Einbürgerungsbewerberin bzw. dessen Ehegatte den Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln bestreitet.

Die nachstehende Bestätigung bitten wir daher ausgefüllt, mit Firmenstempel und Unterschrift versehen, Ihrem Mitarbeiter/Ihrer Mitarbeiterin zur Vorlage bei der Staatsangehörigkeitsbehörde auszuhändigen.

Bestätigung

Ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis besteht mit:

1. Arbeitnehmer/in (Antragsteller/in)

Familienname	Vorname	Geburtsdatum
--------------	---------	--------------

2. Arbeitgeber/in

Firma	Name Ansprechpartner/in	
Straße und Hausnummer	PLZ	Ort
Telefon	E-Mail	

3. Arbeitsverhältnis

Art der Tätigkeit	Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden
-------------------	---------------------------------------

Das Arbeitsverhältnis ist unbefristet

Das Arbeitsverhältnis ist befristet zum

--

Die Probezeit dauert noch an bis

--

Das Arbeitsverhältnis ist ungekündigt

Die Probezeit ist beendet

Das Arbeitsverhältnis ist gekündigt zum

--

4. Verdienst

Bitte fügen Sie die drei letzten Gehaltsabrechnungen bei.

Monatlicher Bruttoverdienst Monatlicher Nettoverdienst

<input type="text"/>	€	<input type="text"/>	€
----------------------	---	----------------------	---

Ort, Datum

Firmenstempel und Unterschrift

--	--

Mietbescheinigung

Anlage Nr. 7 zum Antrag auf Einbürgerung

Sehr geehrte Vermieterin,
Sehr geehrter Vermieter,

bei der Prüfung der Einbürgerungsvoraussetzungen sind u.a. die Wohnsituation des Einbürgerungsbewerbers sowie die für Miete und Heizkosten anfallenden Kosten zu berücksichtigen.

Die nachstehende Bestätigung bitten wir daher ausgefüllt und mit Unterschrift versehen Ihrem Mieter/Ihrer Mieterin zur Vorlage bei der Staatsangehörigkeitsbehörde auszuhändigen.

1. Wohnung

Straße und Hausnummer	PLZ	Ort
ggf. Etage/Wohnungsnummer		

2. Mieter/in (Antragsteller/in)

Familienname	Vorname	Geburtsdatum
--------------	---------	--------------

3. Vermieter/in

Familienname	Vorname	
Straße und Hausnummer	PLZ	Ort
Telefon	E-Mail	

5. Wohnungsgröße, Miete, Heizkosten

Anzahl der Zimmer	Wohnfläche in m ²	Kaltmiete pro Monat	Heizkosten pro Monat
-------------------	------------------------------	---------------------	----------------------

4. Mietbeginn/Ende

Das Mietverhältnis besteht seit	<input type="checkbox"/> Das Mietverhältnis ist ungekündigt	<input type="checkbox"/> Das Mietverhältnis ist gekündigt	zum
---------------------------------	---	---	-----

5. Mitbewohner/innen (weitere Personen, die in der Wohnung leben, bei Bedarf auf einem gesonderten Blatt beifügen)

Familienname	Vorname
Familienname	Vorname
Familienname	Vorname
Familienname	Vorname
Familienname	Vorname
Familienname	Vorname
Familienname	Vorname

Ort, Datum	Unterschrift Vermieter/in
------------	---------------------------